woch 23 August 1922 • 51 Jahrgang. Abend-Ausgabe Einzelnummer 3 M.

Berliner Tageblatt

Nr 376 und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Verhandlungen über das Moratorium.

Fortdauer der Berliner Besprechungen.

Die Delegierten bei Dr. Hermes.

s Ergebnis der gestrigen Unterhaltung der beiden Delegierten
Reparationskommission mit dem Reichskanzler bildete heute
ttag den Gegenstand der von uns bereits angekündigten
sprechung in der Reichskanzlei, an der der Reichskanzler
er Reichsfinanzminister teilnahmen. Heute vormittag waren
erren Bradbury und Mauclère bei dem Reichsfinanz-
ter Dr. Hermes. Die Besprechung dauerte bis über die
gstunde fort. Nachmittags um fünf werden die beiden De-
ten wieder vom Reichskanzler empfangen werden. Die
erhaltungen sind noch voll im Gange, und es
einstweilen keine Möglichkeit, über ihren Ausgang irgend
Bestimmtes zu sagen. In den beteiligten Kreisen herrscht
wie vor eine ernste Stimmung. Ob die deutsche Regierung
eits Anregungen oder Gegenvorschläge machen
dürfte vom Verlaufe der Verhandlungen abhängen. Der deutsche
punkt ist, wie an dieser Stelle wiederholt schon hervorgehoben
, den Pfänderforderungen Poincarés gegenüber eindeutig fest-
was nicht ausschließt, daß noch Versuche gemacht werden, die
te über den kritischen Punkt hinwegzubringen.

Bar-le-Duc und Berlin.

Die Mißstimmung in England.

London, 23. August. (W. T. B.)

r Pariser Berichterstatter der „Times" schreibt: „Jedermann
sich, welche Auswirkungen die Rede Poincarés auf die
handlungen in Berlin haben wird. Wollte der fran-
Ministerpräsident jedem Kompromiß die Tür verschließen?
t auf seinem Londoner Programm der Kontrolle der Ruhr-
werke und der Staatswälder bestanden. Ta
gländer sich aber der Beschlagnahme dieser besonderen Pfänder
widersetzten, welchen Zweck hat es dann noch, daß Bradbury die Verhandlungen mit der deutschen Regierung fortsetzt? Die Leute, die den Standpunkt Bradburys am besten kennen und die wissen, daß er seine Reise nach Berlin unter der Voraussetzung unternahm, daß die französische Regierung nicht ein unbedingtes Veto einlegen wird, sind jetzt besorgt, daß er möglicherweise schleunigst zurückkehren wird. Es ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß die Rede Poincarés verfaßt war, bevor die Reparationskommission am letzten Donnerstag die Entsendung einiger Mitglieder nach Berlin beschloß, und zwar, wie es hieß, mit der Zustimmung des Quai d'Orsay. Daher kann man annehmen, daß Poincaré sich tatsächlich mit den Aequivalenten der Pfänder zufrieden geben würde, die er fordert. Es ist aber trotzdem nicht zu leugnen, daß die Rede von Bar-le-Duc die schwierige Lage nicht gebessert hat. In einem Leitartikel drücken „Times" die Besorgnis aus, daß die Rede Poincarés die offizielle Abweichung der französischen von der britischen Politik verschärfen könne. Die Rede fordere fast eine polemische Erwiderung heraus. Es würde aber für die französischen und die britischen Staatsmänner die richtige Politik sein, einem Uebereinkommen nachzustreben, das auf einem gerechten und durchführbaren Plan einer allgemeinen Regelung fußt, sowohl bezüglich der Reparationen als auch bezüglich der interalliierten Schulden, und daß dann gemeinsam mit aller Festigkeit und wenn nötig mit allem Nachdruck eine wirksame Erfüllung durch Deutschland gesichert würde.

Zurücknahme der Retorsionen im Elsaß?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 23. August.

Wie der „Matin" aus Straßburg meldet, verlautet dort, daß infolge des von der dortigen Handelskammer erhobenen Protestes die Retorsionsmaßnahmen gegen die in Elsaß-Lothringen ansässigen Deutschen demnächst aufgehoben werden.

Die Mission Seipel in Berlin.

Besprechung der Finanzminister.

offiziellen Besprechungen der deutsch-österreichischen
reter mit der Reichsregierung, die in der gestrigen Unter-
g des Reichskanzlers Dr. Wirth mit dem Bundeskanzler
el begonnen wurden, wurden heute vormittag fort-
t, wobei von österreichischer Seite noch einmal ausführlich
standpunkt der österreichischen Regierung und die Lage des
eingehend dargelegt wurde. Gegen mittag fand dann eine
mmenkunft des österreichischen Finanz-
sters Segur mit dem Reichsfinanzminister
es statt. Um 1 Uhr begann ein Essen bei dem Reichskanzler
irth, zu dem außer den österreichischen Vertretern eine Anzahl
er Persönlichkeiten geladen waren. Nach dem Mahle werden
rhandlungen fortgesetzt werden.

Dr. Seipels Mißerfolg in Prag.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

I. Wien, 22. August.

wohl das Ergebnis der Besprechungen des Bundeskanzlers
el mit Dr. Wirth hier noch nicht bekannt ist, ist doch schon
er ablehnenden Antwort, die Herr Seipel in Prag erhalten
zunehmen, daß der Plan des Bundeskanzlers, das mittel-
päische Problem von seiten Oesterreichs
Aufnahme einer aktiven Politik aufzu-
n, gescheitert ist. Herr Benesch hat dem Bundes-
empfohlen, die Entscheidung des Völkerbundes, der am
tember zusammentritt, abzuwarten. Es war von vornherein
ß die Aktion Seipels, die in feiner Weise vorbereitet war,
e nicht das Ergebnis politischer Ueberlegung, sondern einen
ch der Verzweiflung darstellte, zum Mißerfolg ver-
war. Sie soll dem Kopfe Ottokar Czernins entsprungen sein.
ndert natürlich nicht, daß Herr Seipel von Berlin nach Rom
wo der Kernpunkt der Lage zu suchen ist. Aber eine Ver-
hung des Gedankens der italienisch-österreichischen
und Wirtschaftseinheit ist heute doch nur dann
, wenn Italien, sei es vor, sei es nach den Beratungen
ölkerbundes, die Initiative zur Verwirklichung dieses
ens ergreift. Diese Situation hat übrigens von allem An-
n bestanden. Es war von vornherein zwecklos, daß der
kanzler in einem politischen Spiel, in welchem Oesterreich
nur Objekt der Politik bleibt, als Regisseur hervortrat.
uch wenn Italien nunmehr selbst die Aufrollung des mittel-
ischen Problems in die Hand nehmen sollte, muß gesagt
, daß diese Aktion unzureichend vorbereitet ist. Zunächst ist
dauke, daß, wenn auch nur provisorischen Anschlusses an
en im ganzen Land höchst unpopulär. Aber auch
olitisch begibt sich Oesterreich in eine bedenkliche Situation.
rd machtpolitisch und militärpolitisch das mitteleuropäische Glacis
s, der vorgeschobene Keil, der zwischen die
slowakei und Jugoslawien getrieben werden soll.
alles für ein bißchen Reis und Rohstoffe, denn
e Lebensfähigkeiten Oesterreichs zu garantieren, sein
auf die eigenen Schultern zu nehmen, ist Italien selbst
uch. Die Großbanken und die Schwerindustrie versprechen
leicht von diesem Anschluß an Italien die Aufrichtung einer
scistischen Regimes in Oesterreich. Aber würde das die im
g von St. Germain begründete Lebensunfähigkeit des Staates
gen?

Polen und die Marienbader Konferenz.

Polnische Hoffnungen auf Rumänien.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Warschau, 23. August.

Die Marienbader Konferenz, die ein tschechisch-jugoslawisches Bündnis ergeben soll, wird in Polen mit um so größerer Spannung verfolgt, als einer der Bündnispunkte auch die gemeinsame Politik gegenüber dem russischen Problem sein wird. Gleichzeitig ist man etwas beunruhigt, ob aus dieser und der nachfolgenden Prager Konferenz der seit den Tagen von Genua erhoffte „Bierverband" an Stelle der „kleinen Entente" erstehen wird. In Prag soll zwar zunächst Polen nur an den Beratungen wegen gemeinsamen Vorgehens in den Minderheitsfragen bei der Völkerbundstagung teilnehmen. Man hofft hier jedoch, daß trotz der augenblicklich stark gespannten Beziehungen zur Tschechoslowakei Benesch eine Geste des Entgegenkommens machen und daß der Gedanke des Bierverbandes doch noch zu retten sein werde. Um ein tschechisches Entgegenkommen zu erleichtern, verhandelt die Regierung mit Skirmunt wegen der Vertretung Polens bei diesen Besprechungen, da Skirmunt einer der wenigen konsequent tschechenfreundlichen Politiker ist. Andererseits aber geht man offensichtlich darauf aus, dem Druck eines engen tschechisch-jugoslavischen Bündnisses das rumänisch-polnische Bündnis in Prag entgegenzusetzen. Zu dessen tieferer Ausgestaltung und zur Festlegung einer gemeinsamen Russenpolitik Polens und Rumäniens ist die im Juni verschobene Reise Pilsudskis nach Bukarest für den 6. September festgesetzt worden.

Italien und die Kleine Entente.

„Sehr enge Fühlung."

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Belgrad, 23. August.

Amtlich wird bekanntgegeben: Der italienische Minister des Aeußern, Schanzer, beauftragte den hiesigen italienischen Geschäftsträger, dem Minister Nimschitsch zu erklären, die italienische Regierung stehe auf dem Standpunkte, daß die Friedensverträge von St. Germain und Trianon streng durchgeführt werden müssen. Ebenso wünsche die Regierung auf der Grundlage des Rapallo-Vertrages in sehr enger Fühlung mit den Staaten der kleinen Entente, besonders Jugoslawien, zu sein. Dies gelte auch für den Fall, daß die Ergreifung gewisser Maßnahmen oder die Ausführung einer von den Ereignissen diktierten politischen Aktion notwendig wäre, um jeder Komplikation, die den Frieden Zentraleuropas stören könnte, auszuweichen. Der Minister Ninschitsch äußerte die volle Uebereinstimmung der jugoslawischen Regierung mit den Ansichten des italienischen Außenministers.

Die gefährdeten Brückenköpfe.

Zum Schutze der französischen Militärherrschaft.

Nach einer Meldung der Oberpostdirektion in Düsseldorf hat die Besatzungsbehörde das „Berliner Tageblatt" mit der Beilage „Ulk" für die Zeit vom 24. bis 31. August für das neubesetzte Gebiet (Brückenköpfe Düsseldorf und Duisburg) verboten.

Englands Standpunkt.

Von unserem Korrespondenten

Paul Scheffer.

Haag, 21. August.

Am letzten Freitag kam in London das Pfund auf ungefähr 4700 Mark, also 23,5 Mark für den Penny. Die Kommentare in den Zeitungen, und zwar in dem einflußreichsten Teil der englischen Presse, schoben die Schuld zumeist auf absichtliche und unabsichtliche Mißwirtschaft in Deutschland. Ein Blatt verfehlte nicht, ohne Quellenangabe, ein Dictum Helfferichs anzuführen, das gleich nach Friedensschluß erfolgt sei, und die Absicht ausgedrückt habe, Deutschland künstlich zahlungsunfähig zu machen. Neben der Unterstreichung des Anteils, den die Finanzgebarung Deutschlands an seiner heutigen Misere habe, verschwand in jenen Auslassungen sehr oft der gleichzeitige Hinweis auf die Wirkungen der Reparationszahlungen. England ist das Land des Professor Keynes. Umso wichtiger ist es, sich klar zu machen, daß die Ueberzeugung, Frankreichs Standpunkt sei nach wie vor gerecht, gefühlsmäßig den Vorwurf noch durchaus überschattet, daß die französische Taktik gegenüber Deutschland nicht nützlich sei, weder für Frankreichs noch für Englands Interessen. Das Schicksal Deutschlands bewegt, allen Handelsstatistiken zum Trotz, den größeren Teil des englischen Publikums weniger, als es die Klagen Frankreichs tun. Die seit zwanzig Jahren lebendige Deutschfeindlichkeit in England hat diesmal, genau so wie bei jeder früheren politischen Spannung, ihre entsprechende Legende hervorgebracht, an der sie sich befriedigt. Man kann jedoch diesmal ein sehr verstärktes Phlegma gegenüber den großen Problemen des Kontinents konstatieren. Es schreibt sich daher, daß der englische Common Sense einsieht, daß Klagen und Vorwürfe nichts zuwege bringen, und geholfen werden muß — daß es wenigstens am besten wäre, zu helfen, wenn es sich auch um ein unerfreuliches Objekt handelt. Hierin liegt ein Fortschritt der Erkenntnis, ein unbestreitbarer und großer Fortschritt, aber dieser Erkenntnis fehlen die Flügel der Sympathie und der moralischen Ueberzeugung. Unter diesen Umständen liegt dem englischen Temperament eine möglichst phlegmatische Haltung gegenüber den kontinentalen Schwierigkeiten. Diese Haltung glauben wir auch bei vielen derjenigen zu entdecken, die durch die Größe ihrer Interessen oder die Weite ihres Gesichtskreises veranlaßt sind, sich bestimmte klare Vorstellungen zu bilden über das, was in Europa geschehen müßte.

Was die englische Regierung angeht, so ist sie eine ganze Strecke weiter gelangt, nach den Grundsätzen zu urteilen, die sie auf der Londoner Konferenz befolgt hat, als der öffentlichen Meinung in England in sehr maßgebenden Teilen bisher geglückt ist. Sie hat es bekanntlich auf ein Resultat ankommen lassen, daß darin besteht, daß die Alliierten „darüber einig sind, nicht einig zu sein." Der Energieaufwand Lloyd Georges ging diesmal weit über das hinaus, was man auch in England erwartet. Man könnte daraus schließen, daß das Kabinett einem gefährlichen Augenblick zustrebt, in dem es die öffentliche Meinung in England nur widerstrebend hinter sich her ziehen könnte und es auf eine Kraftprobe mit ihr ankommen lassen müßte. Wer das erwartet, mißversteht wahrscheinlich vollkommen die allgemeinen Gesichtspunkte und Motive, von welchen die englische Regierung nach ihrem ganzen Verhalten auf der Konferenz in diesem Augenblick bestimmt ist. Von der Ermordung des deutschen Außenministers bis zum Bruch der Konferenz geht eine ganz gerade Linie. Gleich nach dem Morde war man sich in London darüber klar, daß die Reparationspolitik an einem Wendepunkt angelangt sei und gegenüber Frankreich nicht mehr Kompromißpolitik im bisherigen Stile sein dürfe. Ueber die Gründe aus denen die Londoner Konferenz ohne Ergebnis auseinander gegangen ist, kann es keinen Zweifel geben. England erklärte, keine Forderungen gegenüber Deutschland unterstützen zu können, welche andere als rein wirtschaftliche Motive hätten. Und dieser Entschluß fiel zeitlich mit dem Einsetzen französischer Forderungen in der Reparationssache zusammen, die unverblümt politische Zwecke verfolgten, und mit der wirtschaftlichen Logik nichts zu tun hatten, welche England als allein maßgeblich für die Reparationszwecke anerkennen wollte. Nachdem England über seine Absichten vollkommene Klarheit geschaffen hatte, endlich und zum ersten Male, ist sein Interesse an dem Thema vorerst erschöpft. Bis auf den Kriegsminister Worthington Evans hat sich alles in die Ferien begeben, aus dem einfachen Grunde, weil man den Erklärungen nichts mehr hinzufügen hat.

Das englische Kabinett hat nur gesagt, was es für notwendig und was es für unmöglich hält. Es hat nicht die mindeste Andeutung nach irgendeiner Seite gemacht, was es tun würde, wenn das Notwendige nicht geschähe und das Unmögliche versucht würde. Wir bemerken hier die Spuren desselben Phlegmas, auf welches die gefühlsmäßige Franzosenfreundlichkeit in England instinktiv sich zurückgezogen hat. Um sich zu erklären, warum dieses Phlegma sich auch im englischen Kabinett vorfindet und wie tief es reicht, ist es gut, sich in diesem Augenblick daran zu erinnern, daß in Genua England auf allerlei Wegen bereits versucht hat, einen gewissen Druck mit der Drohung auszuüben, es werde sich vom Kontinent abwenden und besonders in den Dominions den Trost für die Verluste suchen, die ihm dadurch erwachsen würden, daß die europäischen Märkte durch die Dummheit Europas nicht mehr marktfähig würden. Kein vernünftiger Mensch wird glauben, daß England aus eigener Absicht und sozusagen zur Strafe seine Hand vom Kontinent ziehen könnte, weil es dort nicht die nötige Befriedigung seiner politischen Absichten erreichten kann. Aber immerhin ist in jener Pression, die ja auch von einem Teil der englischen Presse programmäßig weiter verfolgt wird, die Tatsache ausgedrückt, daß man sich in England mit dem Gedanken vertraut macht, die Bedeutung des europäischen Marktes könnte der-